

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

29.10.1930 (No. 252)



Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: G. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einsch. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. ...

Amtlicher Teil

Glückwünsche der badischen Regierung an den Erzbischof von Freiburg

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages der Inthronisation des Herrn Erzbischofs von Freiburg hat heute Landeskommissar Schworer im Auftrag des Staatsministeriums dem Herrn Erzbischof unter Überreichung einer Blumenpönde die Glückwünsche der Regierung und des Landes zum Ausdruck gebracht...

Die Grubenkatastrophe an der Saar Trauergottesdienst in Maybach

WB. Friedriehsthal, 29. Okt. (Tel.) Heute vormittag um 10 Uhr begann in der Sechskapelle von Maybach der Trauergottesdienst für die Opfer der Grubentatastrophe. Dabei hielt der Bischof von Trier, Bornwasser die Predigt. ...

Vereinbarung im Berliner Metallarbeiterstreik Wiederaufnahme der Arbeit

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald fanden am Dienstag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit Vertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der Berliner Metallindustrie statt...

- 1. Die Arbeit wird sofort unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. 2. Die Entscheidung der im Schiedsgericht behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsgericht einer Schlichtungsstelle. ...

Am Mittwoch, den 29. Oktober, setzen sich die Betriebsräte mit den Firmen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, dürfte den Vorsitz des neuen Schiedsgerichts der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns übernehmen. ...

Der Aufstand auf Formosa

WB. Tokio, 29. Okt. (Tel.) Die Verbindungen mit Formosa sind zum Teil unterbrochen. Aus den wenigen erhaltenen Meldungen geht hervor, daß ungefähr 104 japanische Polizeibeamte und Zivilpersonen getötet worden sind. ...

Die Lage in Thüringen. Die Nationalsozialisten haben in Thüringen ein Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht. Sie wollen damit die Deutsche Volkspartei zwingen, eine klare Stellungnahme zu der Regierung einzunehmen...

Letzte Nachrichten

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags Die Anträge zum Youngplan

WB. Berlin, 29. Okt. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Mittwochvormittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (NatSoz.) zusammen, um die Anträge zum Youngplan zu beraten. ...

Zunächst begründeten die Antragsteller ihre Anträge zum Youngplan. Nach den Antragstellern erging dann Reichsfinanzminister Dietrich das Wort. ...

Reichsaußenminister Dr. Curtius ergänzte die Ausführungen des Reichsfinanzministers nach der allgemein politischen Seite hin.

Dann begann die Aussprache, an der sich alle Parteien beteiligten und die, wie wir hören, nach einer Mittagspause fortgesetzt werden soll.

Der Beratung des Ausschusses liegen Anträge der Reichsparteien und der Kommunisten auf Einstellung der Reparationszahlungen, Aufhebung der Versailler Verträge, Revision der Reparationsverträge, Erklärung eines Moratoriums usw. zugrunde, die voraussichtlich keine Mehrheit finden. ...

Wir wir weiter erfahren, ist die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die von preussischen Provinzialvertretern verlangt worden war, bisher noch nicht erfolgt.

Vor Beginn der sachlichen Aussprache gedachte der Vorsitzende, Abg. Dr. Fried (NatSoz.), der Toten, die bei den letzten Bergwerkstagen zu beklagen sind. Er betonte, daß der Ausschuss in dem Gefühl herzlichsten Beileides für die beklagenswerten Opfer der Katastrophen und deren Angehörigen einig sei, ebenso wie in dem Wunsch, daß den Unglücksrachen mit aller erdenklichen Sorgfalt nachgegangen werden müsse, um — soweit es in Menschenhand liege — die Wiederholung derartiger Katastrophen für die Zukunft unmöglich zu machen. ...

Zur Lage in Brasilien

Einigungsverhandlungen der revolutionären Führer

WB. New York, 29. Okt. (Tel.) Die Associated Press aus Rio de Janeiro meldet, ist Hauptmann Suarez Lavore, der die Revolution in den neun nördlichen Staaten von Brasilien organisiert und zum Erfolg geführt hat, in Rio eingetroffen und erklärte sich damit einverstanden, daß Dr. Getulio Vargas provisorisch das Amt des Präsidenten übernehme. ...

In der Hauptstadt herrscht Ruhe. In Sao Paulo ist gestern die Ruchur der Aufständischen einmarschiert. Heute werden wahrscheinlich 10 000 Aufständische, größtenteils Gauchos, die Stadt besetzen. ...

Einer „Times“-Meldung zufolge wurde der britische Dampfer „Aluazora“ gestern, als er den Hafen von Rio de Janeiro verlassen wollte, durchsucht. ...

Die Untersuchung der Katastrophe des „R 101“

WB. London, 29. Okt. (Tel.) In der gestrigen Sitzung der Untersuchungskommission, die sich mit der Untersuchung der Katastrophe des „R 101“ befaßte, sagte Generalstaatsanwalt Sir William Jowett, das Gewicht der Motoren des Luftschiffes habe 17 Tonnen betragen statt, wie vorgelesen, 9 Tonnen. ...

Der Reichspräsident empfing heute, Mittwoch, den Botschafter Freiherrn von Neurath, der sich vor Antritt seines neuen Postens in London zur Zeit in Berlin aufhält.

\*Mussolini und Europa

Eigentlich müßte es heißen: Mussolini und Frankreich. Denn Europa ist heute Frankreich. Und zumal dann, wenn man, wie Mussolini, bei dem Worte „Europa“ an ein ganz bestimmtes Gebilde denkt, dann ist Frankreich der Inbegriff dieses Europa. ...

Auch heute noch steht die französische Politik im Banne des Hegemoniegedankens, das heißt im Banne einer Doktrin, nach welcher Frankreich selbstverständlich die Vormachtstellung in Europa einzunehmen habe. ...

Die Länder, die noch nicht völlig unter französischem Einfluß stehen, müßten von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie dieser Idee hätten zustimmen wollen. Zumal für Deutschland ist sie solange undiskutabel, als gewisse Paragraphen des Friedensvertrages noch ihre Gültigkeit haben, solange also die Entwaffnungsbestimmungen aufrechterhalten werden, die Grenzziehung im Osten bleibt und Deutschland Tributgelder zahlen soll, für die es eine vernünftige und gerechte Begründung heute nicht mehr gibt.

Der französische rechtsradikale Publizist Herbe war geschickt genug, einzusehen, daß ohne Revision des Friedensvertrages, ohne die Beseitigung des inneren Zwiespalts zwischen Frankreich und Deutschland die französische Hegemoniepolitik undurchführbar ist. ...

Bekanntlich will Frankreich neuerdings auch seinen Überschuß an Gold, seinen zum Teil auf unsere Kosten errungenen Reichtum in den Dienst dieser Politik stellen. In Paris hat vor einigen Wochen eine Konferenz der maßgebenden Staatsmänner und Finanzleute stattgefunden. ...

Man hat ernsthaft über diese französischen Kredite verhandelt. Die Bedingungen Frankreichs sind so gewesen, daß kein vernünftiger, italienischer oder deutscher, Staatsmann darauf eingehen konnte. ...

Denn das ist das wichtigste Moment in der ganzen Politik Italiens, daß man dort die Revision der Friedensverträge in ihrer Gesamtheit fordert. ...

Die ganze Politik Mussolinis war in den letzten Jahren darauf gerichtet, gute Beziehungen zu diesen Staa-



ten anzubauen. Die Liebe war dabei in einem Falle seine beste Helferin: König Boris von Bulgarien und eine italienische Prinzessin lernten sich kennen und verliebten sich ineinander. Die Heirat zwischen beiden, die jetzt stattgefunden hat, lag durchaus auf der Linie der Mussolinischen Außenpolitik. Neuerdings spricht man von der Möglichkeit, daß der zur Thronfolge in Ungarn berufene Habsburger, Erzherzog Otto, gleichfalls eine italienische Prinzessin ehelichen werde.

Nach in einer anderen Beziehung hat Mussolini alles getan, um politisch das Feld für seine Pläne günstig zu bearbeiten: er hat mit jener geistigen Macht, die kein Staatsmann in der Welt ignorieren darf, mit dem Papsttum in Rom, Frieden geschlossen. Und es ist ihm gelungen, durch diesen Friedensschluß, der die weltliche Souveränität des Papstes wiederherstellt, ein Verhältnis zwischen der Kurie und der italienischen Regierung zu begründen, das durchaus freundschaftlich werden kann und es ermöglicht, daß nunmehr der italienische Klerus ohne jede innere Behinderung im Dienste der nationalen Politik Italiens tätig sein kann. Mit diesem klugen Friedensschluß hat Mussolini aber bei allen Katholiken der Welt eine Art Revision der Beurteilung herbeigeführt, die man bisher seinem Faschismus angedeihen ließ. Auch das war kein gering einzuschätzender, moralischer Erfolg. (Schluß folgt.)

### Die englische Thronrede

Bei der Eröffnung des englischen Parlaments am Dienstag verlas — unter dem alterwürdigen Zeremoniell und Prunk — der König zum erstenmal eine Thronrede, die von Ministern der Arbeiterpartei aufgestellt worden ist.

Zunächst wird die bevorstehende Indienkonferenz erwähnt, die der König persönlich eröffnen will und die diesem Lande eine Verfassung geben soll. Dann die Genfer Tagung vom September und das dort geschlossene Abkommen über die finanzielle Unterstützung eines unschuldig angegriffenen Staates, an dessen Anwendung sich die englische Regierung erst nach dem Zustandekommen einer allgemeinen Abrüstungskonvention, die hoffentlich bald zustandekomme, beteiligen will. Die Thronrede kommt dann auf die wichtigsten Stücke der gegenwärtigen Arbeit, die sich aus der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrise und dem zurückgehenden Exporthandel ergeben. An schließend wird die Siedlungsfrage, die Pläne für staatlich unterstützte landwirtschaftliche Großbetriebe, ferner die Einsetzung einer Kommission für die Arbeitslosenversicherung und eine neue Anleihe für die Speisung des Arbeitslosenfonds, ein Bodenbewertungs-gesetz, ein Gesetz für die Einschränkung des schulpflichtigen Alters, die Änderung des Wahlgesetzes gegen die Gewerkschaften, den Beitritt zum Washingtoner Abkommen und schließlich eine Reform des Wahlgesetzes.

### Kurze Nachrichten

**Einschränkung des Schnellzugverkehrs Stuttgart-Berlin.** Die europäische Fahrplankonferenz in Kopenhagen beschloß u. a., den Winterfahrplan 1931/32 ausnahmsweise am 21. statt am 14. Mai endigen zu lassen, weil der normalerweise am 15. Mai stattfindende Fahrplanwechsel 1932 mit dem Pfingstfest zusammenfallen würde. Die Konferenz beschloß weiter, die Tages- und Nachtzüge Stuttgart-Berlin, die im Anschluß an die Morgen- bzw. Abendschnellzüge Stuttgart-Büdingen laufen, wegen ungenügender Befüllung im kommenden Jahre wegzulassen zu lassen. Die Konferenz für das Jahr 1932/33 wird vom 12. bis 17. Oktober 1931 in London abgehalten werden.

**Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses.** Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt, dem „Vorwärts“ zufolge, eine Sitzung ab, die sich mit Fragen der Agitation beschäftigte. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Partei jetzt die Aufgabe habe, gegen die nationalsozialistische Propaganda aufzutreten. Der Parteiausschuß stimmte ferner einer Vereinbarung zu, nach der die Angestellten der Arbeiterorganisationen ein monatliches Notopfer leisten, damit Arbeitslosen im kommenden Winter eine Beihilfe gegeben werden kann.

**Verbot nationalsozialistischer Blätter in Hessen-Nassau.** Der Oberpräsident der preussischen Provinz Hessen-Nassau hat die beiden nationalsozialistischen Blätter, das „Frankfurter Volksblatt“ und die in Wiesbaden erscheinende „Reinwacht“, die beide in einem Wiesbadener Verlag herausgegeben werden, auf die Dauer von vier Wochen verboten, weil sie seit Beginn ihres Erscheinens die republikanische Staatsverfassung und ihre Repräsentanten in der heftigsten Weise angegriffen und sich dadurch gegen das Republikanischgesetz vergriffen haben.

**Der Brief des Reichsinnenministers an Braunschweig.** Zu dem Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Brüning an die braunschweigische Regierung, in dem mitgeteilt wird, daß der Minister sich die Sperrung der Polizeistützpunkte an Braunschweig vorbehalten, wird gemeldet, daß die Angelegenheit bereits seit vierzehn Tagen in der Schwebe ist. In politischen Kreisen hält man es durchaus für möglich, daß die Sperrung der Polizeistützpunkte wegen des Verhaltens des braunschweigischen Innenministers Dr. Franzen in der Angelegenheit der Verhaftung des Landwirts Guth erfolgt, da Dr. Franzen unter dem Verdacht der Begünstigung einer strafbaren Handlung steht, und ein derartiger Vorwurf gegen den Polizeiminister eines Landes nicht mehr als eine persönliche Angelegenheit des betreffenden Ministers angesehen werden kann.

**Studentenstreik in Sevilla.** Die Studenten der Universität Sevilla sind in den Streik getreten, der aber durch Aufstellung eines gerechteren Studienplanes beigelegt werden dürfte.

### Schwerer Eisenbahnunfall in Württemberg

Bei Giengen in Württemberg sind Dienstag abend 19.30 Uhr zwei Züge zusammengestoßen. Zwei Personen wurden getötet und drei schwer verletzt. Auch der Schaden ist bedeutend. Auf der eingleisigen Strecke Ulm-Aalen fuhr zwischen den Bahnhöfen Giengen und Herbrechtingen der aus leeren Personenwagen bestehende Zug 8753 Giengen a. d. U. — Heidenheim mit dem Güterzug 8566 Aalen-Ulm auf freier Strecke zusammen. Der Lokomotivführer und der Schaffner des Leertuges wurden getötet, der Heizer schwer verletzt und eine Leichtverletzte. Die Reisenden des Güterzuges 337 Ulm-Grailsheim, der die Anfallstelle nicht mehr passieren konnte, wurden in Kraftwagen nach Heidenheim und von da mit Sonderzug nach Aalen weiterbefördert.

## Zur Reichstagswahl in Baden

Nachdem der Kreiswahlausschuß für den 32. Reichstagswahlkreis (das Land Baden) in seiner Sitzung am 22. v. M. unter Vorsitz des Kreiswahlleiters die endgültigen Ergebnisse der Reichstagswahl im Land Baden festgestellt hat, und in der weiteren Sitzung des Kreiswahlausschusses am 30. v. M. die Gewählten verkündet worden sind, hat das badische Statistische Landesamt sofort mit der Bearbeitung des statistischen Materials begonnen. Für jeden Amtsbezirk und für jede Gemeinde des Landes ist sowohl die Wahlbeteiligung als auch der Anteil der für jede Partei und Wählergruppe abgegebenen gültigen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen berechnet worden. Aus dem in Vorbereitung befindlichen Druckwerk des badischen Statistischen Landesamts, das gemeinde- und amtsbezirksweise die für jede Partei und Wählergruppe abgegebenen Stimmen veröffentlicht, sollen nachfolgend einige besonders wichtige Zahlen mitgeteilt werden. Bestimmend für die Reihenfolge der Aufzählung der Parteien war die Zahl der für sie im Land im ganzen abgegebenen Stimmen.

### 1. Die badische Zentrumspartei

Am 14. September hat die badische Zentrumspartei als größte badische Partei 351 734 Stimmen auf sich vereint, d. h. 29,9 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen.

In 30 Amtsbezirken steht die Partei mit der auf sie entfallenden Stimmengahl an erster Stelle, an zweiter Stelle in den Bezirken Müllheim und Sinsheim, an dritter Stelle in den Bezirken Bretten, Karlsruhe und Heidelberg, an vierter in den Bezirken Lörrach, Mannheim und Weinheim und an sechster Stelle in den Bezirken Pforzheim und Kehl. Über 20 000 Stimmen erhielt die Zentrumspartei in 3 Amtsbezirken, nämlich Mannheim (26 578), Freiburg (25 784) und Pforzheim (20 338). Dann folgen die Bezirke Karlsruhe (17 552), Bruchsal (16 693), Konstanz (16 400) und Bühl (16 341). Mehr als 10 000 Zentrumstimmen wurden in den Amtsbezirken Offenburg (14 129), Heidelberg (13 047), Tauberbischofsheim (12 773), Waldshut (11 084), und Lahr (10 982) abgegeben. Zwischen 5000—10 000 Stimmen entfielen auf die Partei in 15 Amtsbezirken und 1000 bis 5000 in 12 Amtsbezirken. Nur der Amtsbezirk Kehl weist weniger als 1000 Zentrumstimmen auf (714).

Eine andere Reihenfolge ergibt sich, wenn die Stimmengahl ins Verhältnis zur Gesamtzahl der gültig abgegebenen Stimmen gesetzt wird. An erster Stelle steht der Amtsbezirk Buechen mit 70,7 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen. In sämtlichen anderen Amtsbezirken beträgt der Stimmenanteil der Zentrumspartei weniger als 70 v. H. Die Hälfte bis 70 v. H. aller Stimmen erlangte die Zentrumspartei in 8 Amtsbezirken, und zwar Tauberbischofsheim (66,7 v. H.), Pullenbopf (63,3), Waldkirch (63,1), Staufen (59,9), Wehrich (58,6), Bühl (54,4), Engen (53,8) und Überlingen (52,1). In 11 Amtsbezirken entfielen auf die Zentrumspartei 40—50 v. H. aller Stimmen, in 9 Amtsbezirken 30—40 v. H., in 1 Amtsbezirk 20—30 v. H., in 8 Amtsbezirken 10—20 v. H. und in 2 Amtsbezirken weniger als 10 v. H., nämlich Pforzheim (7,2) und Kehl (4,8 v. H.). Demnach befinden sich die rein ländlichen Bezirke mit vorwiegend katholischer Bevölkerung an erster Stelle, während die Bezirke mit großen Städten sowie der Amtsbezirk Kehl, dessen Bevölkerung vorwiegend evangelisch ist, zuletzt kommen. 30 Bezirke stehen über bzw. auf dem Landesdurchschnitt (29,9), 10 Bezirke dagegen darunter.

Die Zahl der Gemeinden, in denen die Zentrumspartei Stimmen erhielt, beträgt 1399, d. h. 91,7 v. H. aller Wahlorte des Landes. Unter diesen sind 1028, in denen die Partei als stärkste Partei aus der Wahl hervorging, Mehr als 1000 Stimmen erhielt die Zentrumspartei in 31 Gemeinden. Die größte Stimmengahl weisen auf die Gemeinden Mannheim (18 576), Freiburg (15 451), Karlsruhe (14 670), Heidelberg (6828), Konstanz (5751), Baden (4862), Bruchsal (3864), Offenburg (3063), Pforzheim (2993), Singen (2539) und Wilingen (2466).

Betrachtet man in den Gemeinden die für die Zentrumspartei abgegebenen Stimmen im Verhältnis zur Gesamtzahl aller gültigen Stimmen, so stellt sich der Anteil der Zentrumspartei folgendermaßen dar: In 758 Gemeinden erhielt die Partei 50 v. H. und mehr der gültigen Stimmen. Unter den 758 Gemeinden sind 42, in denen die Zentrumspartei 90 bis unter 95 v. H. und 15, in denen die Zentrumspartei 95 bis unter 100 v. H. aller gültigen Stimmen erlangen konnte. Die 15 Gemeinden, in denen die Zentrumspartei am erfolgreichsten war (95 bis unter 100 v. H. aller Stimmen), sind Brunnal (Amt Tauberbischofsheim) mit 98,9 v. H., Ruppertsheim (Amt Tauberbischofsheim) mit 98,6 v. H., Unterwiltstadt (Amt Adelsheim) mit 98,0 v. H., Wingenhofen (Amt Adelsheim) mit 98,0 v. H., Erlenbach (Amt Adelsheim) mit 97,9 v. H., Giffelheim (Amt Tauberbischofsheim) mit 97,3 v. H., Ruppertsheim (Amt Tauberbischofsheim) mit 97,3 v. H., Marbach (Amt Tauberbischofsheim) mit 97,2 v. H., Hemsbach (Amt Adelsheim) mit 96,9 v. H., Gersfeld (Amt Tauberbischofsheim) mit 96,6 v. H., Wilschhofen (Amt Tauberbischofsheim) mit 96,5 v. H., Schuttertal (Amt Lahr) mit 96,3 v. H., Unterriedental (Amt Buechen) mit 96,0 v. H., Segne (Amt Konstanz) mit 95,8 v. H. und schließlich Rinheim (Amt Buechen) mit 95,7 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen.

In 127 Gemeinden wurden keine Stimmen für die Zentrumspartei abgegeben.

Gegenüber der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 ergeben sich für die Zentrumspartei folgende Änderungen:

1. Die Gesamtzahl der Zentrumstimmen ist am 14. September d. J. um rund 54 000 größer als im Jahr 1928, ihr Anteil an der Gesamtzahl der gültig abgegebenen Stimmen um 2,9 v. H. geringer als damals.

2. Die Zahl der Amtsbezirke mit mehr als 10 000 Zentrumstimmen beträgt 12 gegen 10 bei der Reichstagswahl im Jahre 1928.

3. Den 30 Amtsbezirken, in denen die Zentrumspartei die zahlenmäßig stärkste Partei ist, stehen 31 im Jahre 1928 gegenüber.

4. Die Hälfte und mehr aller Stimmen erreichte die Partei in 9, im Jahre 1928 in 14 Amtsbezirken.

5. In 91,7 v. H. aller Wahlorte wurden Stimmen für die Zentrumspartei abgegeben, bei der Reichstagswahl vom Jahre 1928 nur in 90,6 v. H.

6. Die Zahl der Gemeinden mit mehr als 1000 Zentrumstimmen beträgt 31, bei der Reichstagswahl im Jahre 1928 nur 24.

7. Die Zahl der Gemeinden, in denen das Zentrum 50 v. H. und mehr aller abgegebenen Stimmen erhielt, beträgt 75, bei der letzten Reichstagswahl 79.

8. Den 127 Gemeinden mit keiner Zentrumstimme stehen 144 im Jahre 1928 gegenüber.

Bei Toulon ist Dienstag abend ein Waldbrand ausgebrochen, der bald so große Ausmaße annahm, daß Marineinfanterie und Senegaljäger eingesetzt werden mußten, um das Feuer zu bekämpfen, das bisher noch nicht gelöscht ist.

## Das Handelsklassengesetz

Im Reichsrat und Reichstag ist kürzlich der Entwurf eines Handelsklassengesetzes vorgelegt worden. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Entwurfs sei ein Inhaltsüberblick gegeben:

§ 1 bestimmt, daß die Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen über Handelsklassen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (einschließlich des Gartenbaus, Weinbaus, Zuckerei und Fischerei) erlassen und die Mindestanforderungen bestimmen kann, die an die einzelnen Handelsklassenwaren zu stellen sind. Als landwirtschaftliche Erzeugnisse sollen dabei auch die durch Ver- und Verarbeitung gewonnenen Lebens- und Futtermittel gelten.

Laut § 2 sind bei allen unter die Handelsklassen fallenden Waren, die als solche angeboten und verkauft werden, die für die Handelsklassen vorgeschriebenen Eigenschaften als gesichert anzusehen.

§ 3 bestimmt, daß nach Anordnung der Regierung an allen Börsen, an denen Preise für solche Waren, für die Handelsklassen eingeführt sind, festgestellt werden, auch die Preisfeststellung für Handelsklassenwaren erfolgen muß. Die Reichsregierung kann auch in anderen Fällen, wo Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse regelmäßig festgestellt und veröffentlicht werden, mit Zustimmung der zuständigen Landesregierung die Beteiligten verpflichten, die Feststellung und Veröffentlichung der Preise auf die gesetzlichen Handelsklassen zu erstrecken.

Laut § 4 soll die Regierung auch Vorschriften über einheitliche Verpackung, Kennzeichnung der Verpackung, für Handelsklassenerzeugnisse sowie über Mengeneinheiten, in denen diese Erzeugnisse im Groß- und Einzelhandel gehandelt werden, erlassen können.

Vor Einführung gesetzlicher Handelsklassen und Erlaß von Bestimmungen auf Grund der §§ 3 und 4 sind laut § 5 Sachverständigen der beteiligten Kreise zu hören.

Von besonderer Bedeutung erscheint der § 5:

„Zur Begutachtung der Waren für ihre Einreihung in die gesetzlichen Handelsklassen werden nach Bedarf Gutachterstellen gebildet, die gemeinsam von den gesetzlichen Berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handel und Industrie errichtet und verwaltet werden. Die Bestellung der Gutachter bedarf der Genehmigung der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde.“

Die Gutachter haben

- a) auf Antrag der Beteiligten oder Ersuchen von Behörden oder Schiedsgerichten die Waren für die Einreihung in die gesetzlichen Handelsklassen zu begutachten und hierüber Bescheinigungen auszustellen;
- b) auf Antrag von Betrieben die Einreihung ihrer Erzeugnisse in die gesetzlichen Handelsklassen dauernd zu überwachen;
- c) Bescheinigungen über die Einreihung von Waren in die gesetzlichen Handelsklassen in solchen Fällen auszustellen, in denen solche Bescheinigungen für die betreffende Handelsklasse vorgeschrieben werden;
- d) nach Bedarf durch Stichproben die richtige Einreihung der Erzeugnisse zu überprüfen.

Zur Deduktion der Kosten der Gutachterstellen können Gebühren erhoben werden.

Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats die zur Durchführung der Vorschriften in Abs. 1 bis 3 erforderlichen Bestimmungen. Sie hat im Einvernehmen mit den beteiligten Landesregierungen für einheitliche Durchführung der Begutachtung im gesamten Reichsgebiete Sorge zu tragen.

Soweit die Reichsregierung keine Bestimmungen erläßt, treffen die obersten Landesbehörden die näheren Bestimmungen.

§ 7 bestimmt: „Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats zur Erleichterung der Kreditbeschaffung Vorschriften über die Ausgestaltung des Rechtes der Lagerfische erlassen; sie kann insbesondere Grundätze über die Ermächtigung von Anstalten zur Ausstellung von an Order lautenden Lagerfischen aufstellen und Bestimmungen über Inhalt und Form der Lagerfische treffen.“

Die §§ 8 und 9 enthalten Bestimmungen, die der Regierung die Möglichkeit geben sollen, Zuckerrüben und kartoffelarbeitende Betriebe „zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes“ zusammenzuschließen, wenn die Mehrheit der Betriebe zustimmt, sowie „die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die übrigen Rechtsverhältnisse durch eine Satzung zu regeln und zu bestimmen, daß die Zusammenschlüsse rechtsfähig sind“, und endlich: „Betriebe, die bereits bestehende Zusammenschlüsse von Betrieben gleicher Art anschließen und hierbei die Rechte und Pflichten der Mitglieder, auch abweichend von den vertraglichen Vereinbarungen, regeln.“

Die §§ 10 und 11 enthalten Straf- und Schlußbestimmungen.

### Rückgang des Hochwassers in Ostfachsen und Niederhessen

W.D. Gürtel, 29. Okt. (Tel.). Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die durch das Hochwasser verursachten Störungen inzwischen alle behoben, und die Züge verkehren wieder fahrplanmäßig. Erst heute läßt sich eine genauere Übersicht über das ganze vom Hochwasser der letzten Tage betroffene Gebiet gewinnen. Hunderte von Orten an den Flußläufen der oberen Epre, der Reize, der Ischme, des Bober, des Queis und der Ratzbach und an ihren Nebengewässern wurden in Mitleidenschaft gezogen. Das ganze Überschwemmungsgebiet liegt etwa zwischen Waagen—Krieging von West nach Ost und zwischen Jitau und Hirschberg, Weizwasser und Freystadt von Süd nach Nord. Wie groß der angerichtete Schaden ist, läßt sich noch gar nicht übersehen, er dürfte aber in die Millionen gehen. Opfer an Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Heute ist das Hochwasser überall fast zurückgegangen, so daß eine weitere Gefahr nicht mehr besteht.

### Kleine Chronik

Auf telephonisches Ersuchen der Gendarmerei von Singen a. d. Baden wurde im Hauptbahnhof in Zürich ein Mechaniker aus Württemberg verhaftet, der des Diebstahls eines Kassenstrahkes mit 3500 RM Inhalt beschuldigt wird. Zwei weitere Komplizen sind in Singen festgenommen und eine Gehilfin, die mit dem Verhafteten zugereist war, wurde im inneren Bahfeld aufgegriffen.

In der Schweiz ist der Winter überraschend eingelehrt. Auf dem Brünig liegt der Schnee mehr als einen halben Meter hoch.

Der Händler Gott aus Düsseldorf stürzte sich Dienstag nachmittag in selbstmörderischer Absicht von der Turmzinne des Wilhelm-Mars-Hochhauses in die Tiefe. Er war auf der Stelle tot.

In Schneidemühl soll man schweren Unregelmäßigkeiten bei der Kriminalpolizei auf die Spur gekommen sein. Eine Reihe von Kriminalbeamten soll Gelder, die zur Verfolgung von Verbrechen dienen sollten, unrechtmäßig verwendet haben. Wie der Polizeidirektor mitteilt, handelt es sich um Beschlüsse zweier leitender Beamten aus der Zeit vor der Verhaftung der Schneidemühler Behörden. Die Disziplinaruntersuchung ist eingeleitet.



## Badischer Teil

### Sparmaßnahmen im badischen Staatshaushalt

Verschiedentlich wird in der Tagespresse die Auffassung vertreten, daß die Sparmaßnahmen der badischen Regierung vom 20. Oktober die Tätigkeit der Sparkommission einschränken oder gar ersetzen sollen. Für diese Annahme fehlt, wie wir von zuständiger Seite hören, jede sachliche Grundlage. Aufgabe der Sparkommission ist es, systematische einzelne Vorschläge auf Einsparung im badischen Staatshaushalt, insbesondere auch mit dauernder Wirkung, zu machen, während die Maßnahmen der Regierung vom 20. Oktober eine allgemeine rasch wirkende Einsparung im laufenden Haushaltszeitraum zur Folge haben. Deshalb ist von der Regierung innerhalb jeder Hauptabteilung des Voranschlags, also für jedes Ministerium eine Gesamtkürzung vorgeschrieben; die Unterverteilung ist der für den Vollzug verantwortlichen Stelle, also dem einzelnen Minister, überlassen. Die systematische umfangreiche Arbeit der Sparkommission wird dadurch in keiner Weise berührt. Der Steuergäbter kann es nur begrüßen, wenn die Regierung neben der Arbeit der Sparkommission alles tut, um mit möglichst rascher Auswirkung und in möglichst großem Umfang den laufenden Haushalt allgemein von Ausgaben zu entlasten.

### Kurs über moderne Holzbearbeitung

Zur Förderung der Möbelindustrie und des Schreinerhandwerks in Baden hielt das Badische Landesgemeinwesen in der Zeit vom 20. bis 22. Oktober d. J. einen Vortragskurs über moderne Holzbearbeitung ab. Die etwa 70 Teilnehmer aus allen Teilen des Landes waren teils Fabrikanten, Ingenieure und Werkmeister, teils Schreinermeister und selbständige Schreiner. Ferner wurden vom Unterrichtsministerium 10 Gewerbetreuer zu diesem Kurs einberufen.

Die Vorträge wurden von namhaften Fachleuten gehalten und gaben allen Teilnehmern wertvolle Anregungen und Hinweise für die Praxis. Es hielten Vorträge: Prof. Dr. Friedrich über Menschenführung im Betriebe, Dipl.-Ing. Neef über Eigenschaften und Prüfung von Leimen, Dipl.-Ing. Warlimont über Holztröchner, Dipl.-Ing. Müller über Stützzeitberechnung, Arbeitsvorbereitung sowie Holzbearbeitungsmaschinen, Prof. Dr. Gaber über die technischen Eigenschaften der Holzarten, Prof. Dr. Wöhle über Untertonermineralien, Dr. Herrmann über Sperrholz, Fachlehrer Krall über Oberflächenbehandlung, Prof. von Taub über neuentwickelte Wohnungseinrichtungen und Architekt Vogt über Werkstättenanlagen.

Der Vortragskurs nahm einen sehr guten Verlauf. Er brachte wohl jedem Teilnehmer nützbringenden Gewinn und gab ihm wertvolle Anregungen mit nach Hause, um das Gebiet praktisch zur Anwendung und weiteren Entwicklung zu bringen.

Bei Beendigung des Kurses wurde von dem Direktor des Landesgemeinwesens, Herrn Oberregierungsrat Bucerus, angeregt, auch weiterhin Fragen technischer und betriebswirtschaftlicher Natur zu erörtern und zu diesem Zwecke eine Art „Arbeitsgemeinschaft für die Holzindustrie in Baden“ zu gründen. Diese Anregung fand bei den Kursteilnehmern lebhaftes Interesse.

Zum Schluß sprach Fabrikant Himmelheber dem Landesgemeinwesen den Dank für die Veranstaltung dieses Kurses aus, den er als in jeder Hinsicht gut gelungen bezeichnete und der wertvolle Ergebnisse und Anregungen für alle Teilnehmer geboten habe.

### Die badischen Kreise, ihre Organisation und Aufgaben

Zur rechten Zeit — am 16. November finden auch die Kreiswahlen statt — erscheint unter obigem Titel ein kleines Werk, das den Oberregierungsrat Mattäus Kühn im Ministerium zum Verfasser hat. Er ist selbst Kreisabgeordneter, kennt also die Aufgaben des Kreises und ist deshalb befähigt und befugt, darüber die Öffentlichkeit zu unterrichten. Man kann das Büchlein ruhig eine Materialsammlung für die Kreise nennen, denn es enthält die Entwicklungsgeschichte der badischen Kreise, die Grundlagen der Kreisverwaltung und Angaben über die Tätigkeit der Kreise. Aus dem letzten Kapitel ist auch ersichtlich, daß die Kreise mancherlei wichtige Aufgaben zu leisten haben. Die Kreiswahlen sind also keinesfalls nebenwärtlicher Natur. Wir dürfen nur an die Landesarmenfürsorge, die Kreispflegeanstalten, Altersheime, Unterhaltung der Kreisstraßen, Neben- und Kleinbahnen, Unterhaltung von Kreislandwirtschaftsschulen usw. erinnern. Die neueste Verordnung über die Kreiswahlen in der Fassung vom 16. Juli 1930 ist in dem Buch von Kühn ebenfalls zu finden. Dies ist um so beachtlicher, als bekanntlich bei der letzten Gemeindevahl von 1926 vielfach die Wahlzettel verwechselt worden sind und dadurch eine Unklarheit über das Wahlergebnis herbeigeführt wurde. Es kann sich also jeder Wahlvorstand, jede sonst zur Leitung von Kreiswahlen berufene Person darin orientieren. Das Büchlein ist im Selbstverlag des Verfassers, Karlsruhe, Girschstraße 162, erschienen und zum Preise von 1,80 Reichsmark broschiert, zum Preise von 2 Reichsmark gebunden zu beziehen.

### Einstellung von Freiwilligen in die Reichswehr

Am Anfang April 1931 finden Einstellungen von Freiwilligen in das Reichsheer statt. Bewerber im Alter von 17 bis 21 Jahren, die Lust und Liebe zum Soldatenberuf haben, wollen sich bis 31. Dezember 1930 unmittelbar bei den Truppenteilen melden. Die badischen Truppenteile legen besonderen Wert auf Einstellung von Badenern. Die Standorte der badischen Truppenteile sind:

14. (Bad.) Infanterieregiment: 1. Bataillon Meiningen, 2. Bataillon Albingen, 3. Bataillon und Minenwerferkompanie Konstanz, 2. Abteilung 5. Artillerieregiment Ulm an der Donau, 3. und 4. Eskadron 18. Reiterregiment Ludwigsburg, 2. Eskadron und 5. Jahrsabteilung Ludwigsburg.

### Zum Weltspartag

In Zeiten der Not zeigen oft viele Dinge erst ihren wahren Wert. Wie gut ist es beispielsweise, wenn man im Falle der Arbeitslosigkeit oder in sonstigen schwierigen Lagen auf einen Spargroschen bei der öffentlichen Sparkasse zurückgreifen kann! Wenn die Sparkassen in diesem Jahre zum sechstenmal der im Jahre 1924 auf dem internationalen Kongreß für das Sparwesen in Mailand gefassten Entschlüsse folgen, und für den Weltspartag werben, so müssen wir Deutsche angesichts unserer großen wirtschaftlichen Not diesen Gesichtspunkt der Vorsorge für schlechte Zeiten in besonderer Weise in den Vordergrund stellen.

Jeder einzelne von uns, der noch in Arbeit steht oder sonst Einnahmen hat, kann die Entbehrungen am eigenen Leibe zu spüren bekommen, die leider schon so viele infolge der Krise erdulden müssen. Jedem in unserem Volke ist es daher von großem Nutzen, wenn er die eindringliche Mahnung der auf das Wohlergehen des einzelnen wie der Gesamtheit bedachten öffentlichen Sparkassen beherzigt und in guten wie in schlechten Zeiten einen Spargroschen, auch wenn er noch so klein ist, auf die Kasse bringt.

Kampf der derzeitigen Wirtschaftskrise, weil wir als schaffendes, vorwärtsstrebendes Volk wieder aus diesem Zustand heraus müssen! Einschränkung und Sparsamkeit zur Erhaltung der Fundamente unseres Daseins, der Familie und des Staatswesens! Alle mit vereinten Kräften für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands! Das sind die Kerngedanken der diesjährigen Weltspartagwerbung der deutschen öffentlichen Sparkassen, die — gerade wegen des Ernstes der Zeiten — bis in das letzte Haus Beachtung finden müssen.

### Die Tarifmaßnahmen der Reichsbahn gegen die Rheinschiffahrt aufgehoben

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben die Verhandlungen mit der Reichsbahn und den Schweizerischen Bundesbahnen in Basel zur Aufhebung des am 15. September eingeführten Ausübungsverfahrens für den Kehler Hafenumschlag geführt. Mit dem 1. November wird die Reichsbahn das bisherige Verfahren durch die Einführung einer festen Ermäßigung der Getreidefrachtfäße nach den ostschweizerischen Grenzstationen ersetzen.

### Der Zusammentritt des Landtags

Der Badische Landtag wird erst in der zweiten Hälfte des November, etwa am 20. November, also nach den Gemeindevahlen, zu seiner neuen Session zusammentreten. Auf Grund der Geschäftsordnung hat er zunächst die Neuwahl des Büros vorzunehmen. In einer weiteren Sitzung wird auch die alljährlich wiederkehrende Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters erfolgen.

### Das Jubiläum des Freiburger Erzbischofs

Anlässlich der vor zehn Jahren erfolgten feierlichen Inthronisation des Erzbischofs Dr. Carl Feis fand am Montag im Erzbischöflichen Palais in Freiburg ein Empfang der Geistlichkeit statt, bei dem Generalvikar Dr. Selter dem hohen Jubililar die Segenswünsche des Klerus überbrachte. Dienstag vormittag 9 Uhr war ein feierliches Hochamt im Frauenmünster, dem eine unüberschaubare Menge beiwohnte. Die katholischen Vereine und die katholische Aktion sprachen im Anschluß an die kirchliche Feier im Erzbischöflichen Palais vor, um ihre Glückwünsche darzubringen. Als Vertreter der badischen Staatsregierung übermittelte Landesminister Schwörer und im Auftrage der Stadt Freiburg Oberbürgermeister Dr. Bender Glück- und Segenswünsche.

### Aus den Parteien

Der Niedergang der Ständeparteien. Unter dieser Überschrift berichtet die Zentrumszeitung, daß der Badische Landtag (Badische Bauernpartei) im Hinblick auf den katastrophalen Ausgang der Reichstagswahlen sich aufgelöst habe. Im Badischen Landtag sind bekanntlich die drei Bauernpartei mit den drei Mittelständlern zu einer Fraktionsgemeinschaft der Wirtschaftspartei zusammengeschlossen.

Die Gemeindevahlen in Heidelberg. In Heidelberg haben für die Gemeindevahlen die Deutsche Volkspartei und die Konservative Volkspartei eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Zu den Gemeindevahlen. In Karlsruhe haben sich die Konservative Volkspartei und die Wirtschaftspartei zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen bei den kommenden Gemeindevahlen entschlossen und bereits eine gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt.

Nur ein Wahlvorschlag in Forbach (Murgtal). Wie man hört, ist für die Wahl zum Gemeindeauschuss in Forbach nur ein Wahlvorschlag bisher aufgestellt worden, so daß wahrscheinlich gar kein Wahlgang nötig sein wird.

### Aus der badischen Industrie

Lohnabbau in der Orthopädiemechanik Baden. In der Nachverhandlung vor dem Schlichter in Karlsruhe über den Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse Freiburg und Karlsruhe unterwarfen sich die Parteien im voraus einer bindenden Entscheidung des Schlichters. Auf Grund dieser Vereinbarung erging die Entscheidung des Schlichters, wonach die Schiedssprüche, die einen Lohnabbau um 4 % vorsehen, hatten, mit dem 31. Oktober 1930 in Kraft treten. Außerdem sind die Arbeitgeber verpflichtet, vor der Vornahme von Arbeiterentlassungen mindestens zwei Monate lang ununterbrochen Kurzarbeit auf 40 Wochenstunden einzuführen.

In eine Bezirksparlatte verwandelt. Der Bürgerauschuss St. Georgen stimmte der Umwandlung der Städtischen Sparkasse in eine öffentliche Verbandssparkasse (Bezirksparlatte) zu.

### Vor den badischen Gemeindevahlen

Für die am 16. November 1930 im Lande Baden stattfindenden Kommunalwahlen ergeben sich Vergleichsmöglichkeiten nur bezüglich des Gesamtbildes der Bezirksrats- und Kreiswahlen, da die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten bisher statistisch nicht erfasst worden sind. Ihre Bearbeitung wäre im Hinblick auf die verschiedenartig gelagerten örtlichen Verhältnisse auf große Schwierigkeiten gestoßen, und man wird deshalb auch in Zukunft davon Abstand nehmen.

Bei den letzten Wahlen im November 1926 zählte man in den 38 Wahlkreisen (Amtsbezirken), in denen Abstimmungen zu den Bezirksratswahlen vorzunehmen waren, 1 374 913 Wahlberechtigte, in den 37 zur Abstimmung für die Kreisabgeordnetenwahlen verpflichteten Wahlkreisen (Amtsbezirken) 1 358 498 Wahlberechtigte. Die Zahl der von den politischen Parteien und Wählergruppen eingereichten und zugelassenen Wahlvorschlagslisten belief sich im ganzen Lande für die Bezirksratswahlen auf 197, für die Kreisabgeordnetenwahlen auf 188.

An gültigen Stimmen erhielten

	Bezirksratswahlen	Kreisabgeordnetenwahlen
Zentrumsparlatte	205 558	197 521
Sozialdemokratische Partei	147 637	136 566
Deutsche Demokratische Partei	49 284	44 753
Badischer Landbund	10 709	9 686
Deutsche (Liberale) Volkspartei	41 037	38 522
Deutschnationale Volkspartei	8 292	5 220
Kommunistische Partei	42 078	40 067
Wirtschaftl. Vereinigung des bad. Mittelstandes	19 588	17 270
Vereinigte Parteien und Wählergruppen, sowie sonstige Interessengruppen	113 169	106 089
<b>Im ganzen</b>	<b>638 252</b>	<b>595 644</b>

Abgestimmt hat also für beide Wahlen kaum die Hälfte der Wahlberechtigten. Zu wählen waren im ganzen Lande 351 Bezirksräte und 396 Kreisabgeordnete. Nach ihrer Parteistellung verteilen sich die Gewählten wie folgt: Zentrum 163 Bezirksräte, 168 Kreisabgeordnete, Sozialdemokraten 71 bzw. 87, Demokraten 35 bzw. 30, Badischer Landbund 23 bzw. 18, Deutsche Volkspartei 14 bzw. 23, Deutschnationale 9 bzw. 19, Kommunisten 8 bzw. 17, Wirtschaftliche Vereinigung 6 bzw. 9, Sonstige 22 bzw. 25. Anteil der Frauen an den Mandaten: Zentrum 6, Sozialdemokraten 4 Kreisabg., Zentrum 1 Bezirksrat (Freiburg).

Die Freiburger Siedlungsbauten. Die Stadtverwaltung Freiburg hatte dieser Tage zu einer Besichtigung der von der Stadt und den Gemeinnützigen Baugesellschaften errichteten Siedlungswohnungen eingeladen. Die Stadt hat in den letzten Jahren 19 Millionen Reichsmark für den Wohnungsbau ausgegeben. In einem Besamensein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch der neue Bürgerauschuss sich den Notwendigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues nicht verschließen möge.

### Aus der Landeshauptstadt

„Graf Zeppelin“ in Karlsruhe. Die letzte Landung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ in diesem Jahre ist nunmehr endgültig für Sonntag, den 9. November, auf dem Karlsruher Flughafen der Badisch-Pfälzischen Luftkassa UG. vorgegeben. In Verbindung mit der Landung findet eine Sternfahrt statt, die der Karlsruher Motorfahrerverein für jeden Fahrzeuglenker ohne Notwendigkeit einer Klubangehörigkeit veranstaltet. Auch der Karlsruher Luftfahrtverein, der in diesem Jahre die Feier seines 20jährigen Bestehens begeht, hat ein Programm aufgestellt, das Passagier- und Segelflüge aufweist.

Vortrag Döhrenfurth, über die internationale Himalaya-Expedition 1930. Im März dieses Jahres trat die internationale Himalaya-Expedition ihre Ausreise an, bestehend aus Deutschen, Österreichern, Schweizern und Engländern. Von Darbshilling ausgehend, sollte ursprünglich der Kantjengongga bestiegen werden. Da sich aber die Begingung dieses Bergmassivs als unmöglich erwies, wendete sich die Expedition dem Jongjong Peak (7459 Meter) zu. Der Jongjong Peak bildet die Dreiländer Spitze des Osthimalaya, in der sich die Grenzen von Nepal, Tibet und Sikkim treffen. Im Monat Juni gelang dieses Wagnis unter ungeheuren Schwierigkeiten und Gefahren. Damit war der höchste Berggipfel, von Menschenfuß betreten, erreicht. Der Vortragende schilderte in überaus verständlicher Weise die Umstände und Kämpfe dieser Expedition, aber auch die schönen und lichten Stunden des Wissenschaftlers und Bergsteigers. Ein Teil der photographischen Ausbeute wurde auf der Leinwand gezeigt. Überwältigende Bergmassive, gewaltige Eismassen von grandiosen Ausmaßen zeigten sich unserem Auge. Aber auch mit anderen Bildern erfreute der Vortragende, wobei das Wunderland nicht sich von der schönsten Seite zeigte. Leider war der Vortrag nicht so gut besucht, wie es seiner Bedeutung nach verdient hätte — der Saal wies bebenliche Lüden auf.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ozeanische Warmluft ist von Westen nach unserem Gebiet gelangt und hat bereits die hier ausbreitenden Kaltluftmassen verdrängt. Hierbei ist es in den Morgenstunden zu verbreiteten, aber nicht ergiebigen Regenfällen bis zu Feldberghöhe gekommen. Für morgen sind bei allmählicher Besserung keine nennenswerten Niederschläge zu erwarten. Voraussage: anhaltend mild, vorwiegend trocken und nur leicht bewölkt bei südwestlichen Winden.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	29. Oktober		28. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.82	169.16	168.83	169.17
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.364	20.404	20.364	20.404
New York 1 D.	4.1915	4.1995	4.1920	4.2000
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.447	16.481
Schweiz . . . 100 Fr.	81.37	81.53	81.355	81.515
Wien 100 Schilling	59.085	59.205	59.125	59.245
Prag . . . 100 Kr.	12.432	12.452	12.44	12.46



## Was will der 30. Oktober als Weltspartag?

Er soll ein ernster Mahner für uns alle sein zum Sparen!

Spareinlagen mit höchstmögl. Verzinsung bilden den Grundstein für ein sorgenfreies Alter!

Garantiemittel über 3 Mill. Goldmark

## Landesbank für Haus- und Grundbesitz

E.G.m.b.H. / Karlsruhe Mannheim Freiburg i. Br. Pforzheim Kehl a. Rh.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Der Weg zur Mark führt über den Pfennig! Viele Wenig geben ein Viel!

8.685



Der Aktienbez. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Aktienindex (1924/26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 20. bis 25. Oktober 1930 auf 97,4 gegenüber 93,9 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 94,0 (90,8), Gruppe verarbeitende Industrie auf 86,2 (82,2) und Gruppe Handel und Verkehr auf 119,9 (116,8).

Stückstoffartell in Kraft. Alle Mitglieder des Stückstoffartells haben, wie aus Luxemburg gemeldet wird, dem Pariser Beschluß, das Artell bis zu Ende d. J. vorläufig zu unterzeichnen, zugestimmt. Die Produktion wird also um 25 Prozent gegenüber der Oktoberproduktion des Jahres 1929 herabgesetzt.

Die Spiritusbeimischung bei Treibstoffen. Der Reichsmontopolverwaltung für Branntwein ist es gelungen, die meisten der großen Treibstoffgesellschaften zu veranlassen, auf die gesetzlich zugelassene Rückgabe der für Treibstoffzwecke zu übernehmenden Spiritusmengen zu verzichten. Damit ist auf lange Zeit die Unterbringung großer Spiritusmengen — sie dürften im kommenden Jahr 50 000 Tonnen überschreiten — gewährleistet, ohne daß dem Kraftwagenverkehr neue Lasten erwachsen.

### Gemeinderundschau

Der Baden-Badener Bürgerausschuß stimmte der Einführung der Bürgersteuer zu. Der Stadtrat hatte sich zu dieser Vorlage entschließen müssen, da sich das Defizit im Stadthaushalt auf ungefähr 950 000 M. belaufen wird. Die Bürgersteuer kann davon allerdings nur etwa 75 000 M. decken. Eine heftige Debatte, die sehr im Zeichen der kommenden Kommunalwahlen stand, entspann sich um die Vorlage. Sie wurde schließlich mit 44 gegen 34 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei. Eine weitere Vorlage auf Vornahme von Notstandsarbeiten im kommenden Winter, zu denen etwa 400 bis 500 000 M. aufgewendet werden sollen, wurde einstimmig gutgeheißen. Von den verschiedenen kleineren Beratungspunkten ist noch die Zustimmung zur Aufnahme einer Anleihe von zwei Millionen Reichsmark bei den städtischen Werken AG. zu erwähnen.

Offenburg plant die Errichtung eines Kurgartens. Die Offenburg Stadterverwaltung plant die Errichtung eines schönen Kurgartens mit Musikpavillon, Pflanzen- und Blumengruppen sowie Schattenbäumen, der an die Stadthalle angrenzen soll. Die Halle selbst kann 2—3000 Personen aufnehmen und ist außerdem für Theater und Konzerte sehr geeignet; aber auch durch Abhaltung großer Versammlungen und Kongresse hat

sich die Stadthalle schon im Dienste des Fremdenverkehrs bewährt. Zur Zeit wird schon die besondere Umgehungsstraße Offenburgs in Angriff genommen, welche der Entlastung und Schonung der Straßen und Häuser der Stadt von den schwerbeladenen Autos dient und schon im nächsten Jahr benützt werden kann.

Zum Weiterbau der Renchtalbahn. Der Bürgerausschuß Bad Peterstal beschäftigte sich mit der Aufnahme von 5000 M. für Geländeerwerb zum Weiterbau der Renchtalbahn nach Griesbach. Hierzu wurde eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck kommt, daß durch den großen Gesamtaufwand der Gemeinde von 143 260 M. sowie durch die lange Zeit, in der der Bau vollkommen ruht und durch das Anwachsen der Arbeitslosgenahl die Gemeinde nicht in der Lage ist, Gelder aufzunehmen. Erst wenn Staat und Reichsbahn sich dazu entschließen, den Weiterbau sofort aufzunehmen und möglichst zu Ende zu führen, will die Gemeinde weitere Gelder zur Verfügung stellen.

Verstorbene Bürgermeisterwahl in Lahr. Nachdem die im Juni vorgenommene Wahl eines zweiten Bürgermeisters ergebnislos verlaufen war, hat der Gemeinderat beschlossen, den Termin zum zweiten Wahlgang erst nach den Gemeindevahlen anzusetzen.

Die Erbauung der neuen klinischen Krankenhäuser in Freiburg. Nachdem der Bürgerausschuß bereits die Mittel für den ersten und zweiten Bauabschnitt der neuen klinischen Krankenhäuser genehmigt hat, tritt nunmehr der Stadtrat mit einer neuen Vorlage an ihn heran und fordert die Mittelbewilligung für die dritte Bauphase. Die Betriebs- und Wirtschaftsgebäude erfordern einen Bauaufwand von rund 3,16 Millionen Reichsmark, von denen die Stadt zwei Fünftel, also 1,26 Millionen Reichsmark aufzubringen hat. Bei den Vorlagen handelt es sich um endgültige Genehmigung bereits grundsätzlich genehmigter Bauten.

Stillegung der Milchzentrale Donaueschingen-Hüfingen. Die Milch- und Molkereizentrale Donaueschingen-Hüfingen wird ab 1. November stillgelegt. Die Molkerei Hüfingen tritt in Liquidation, obwohl bisher die Milchzentrale Hüfingen nicht finanziellen Schwierigkeiten unterworfen war. Aber um ihren Abnehmern eine bessere Garantie für die Abnahme der Milch zu geben, wird ein Vertrag mit der oberbadischen Milchzentrale in Freiburg und Nodolszell abgeschlossen, die nunmehr von dem bisherigen Erfassungsbereich der Hüfingen Milchzentrale beliefert werden. Die Generalversammlung nahm die entsprechenden Anträge an.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Der Zusammenbruch der Mannheimer Bank für Grund- und Hausbesitz vor Gericht

23. Mannheim, 28. Okt. Das Schöffengericht verhandelte in dreitägigen Sitzungen gegen die Hauptschuldigen bei dem Zusammenbruch der Bank für Grund- und Hausbesitz und fällte folgendes Urteil: Viktor Mauer erhielt 1 Jahr Gefängnis wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz, wegen Vergehens gegen das Depotgesetz und wegen erschwerter Untreue in fünf Fällen, Wilhelm Krämer 6 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz, Adolf Schäfer 4 Monate Gefängnis und 150 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz. Der Angeklagte Walter Bartels wurde freigesprochen.

Heidelberg, 28. Okt. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ zum Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. meldet, ist zu erwarten, daß die Kongregation der Armen Schulschwestern in Speyer seitens verschiedener Großbanken einen Kredit von rund 3 Millionen zur Überbrückung der durch den Zusammenbruch der Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. entstandenen Verbindlichkeiten erhalten wird, der gebet ist und verzinst und amortisiert wird durch die Vermögenswerte und Einkünfte der Kongregation. Dem genannten Blatt wird weiter mitgeteilt, daß den Handwerkern der Vorschlag gemacht werden soll, ihre Forderungen mit 75 Proz. abzugeben.

Bad. Waldshut, 28. Okt. Vom Regierungsrat des Kantons Aargau ist dem Großen Rat ein Dekretentwurf für den Bau der Rheinbrücke Koblenz-Waldshut mit einer eingehenden Botschaft zugegangen.

Bad. Säckingen, 28. Okt. Eine Kommission des Gemeinderats Säckingen weist gegenwärtig in Karlsruhe, um mit den zuständigen Stellen über die Verwirklichung des projektierten Kraftwerkes in Säckingen zu verhandeln.

23. Engen, 28. Okt. In der Nacht zum Sonntag wurde der Buchdrucker Seidler von einem Kommunisten aufgelauert und mit dem Schlagring bearbeitet. Seidler, der nicht Nationalsozialist ist, wurde von den Kommunisten dafür gehalten, weil er aus einem Lokal herauskam, in dem eine nationalsozialistische Versammlung tagte. Im Anschluß an den Überfall entstand dann zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine Schlägerei, bei der ein Unbeteiligter verletzt wurde.



**Durch Sparen vorwärts!**  
**Gegen Wirtschaftskrise und Not!**  
**Für den Aufstieg Deutschlands!**  
**Spart bei den badischen öffentlichen Sparkassen!**

### Formulare für Buchungsmaschinen

aller Systeme druckt in präzisester Ausführung und kürzester Zeit  
**DRUCKEREI G. BRAUN**  
 (vorm. G. Braunsohn Hofbuchdruckerei u. Verlag) G. m. b. H.  
 KARLSRUHE, KARL-FRIEDRICH-STRASSE 14

### VEREINSBANK KARLSRUHE

E. G. M. B. H.  
**BANK UND SPARKASSE**



**Besorgung aller Bankgeschäfte f. Mitglieder,**  
 Kredite und Darlehen.  
 Diskontierung von Wechseln.  
 Devisen und Geldsorten.  
 Kapitalanlage in ersten Hypotheken, Goldpfandbriefen und anderen Wertpapieren.  
 \* Annahme von Spareinlagen und Depositengeldern von jedermann in jeder Höhe zu günstigen Bedingungen.

GESCHÄFTSHAUS: KREUZSTR. 1.

### TODESANZEIGE

Herr Amtsgerichtsrat  
**OTTO BURGER**  
 ist am 26. Oktober gestorben. R. 684  
 Die Bestattung fand heute statt.  
 Mannheim, den 28. Okt. 1930.  
 I. A.: Familie Manz.

1930, 17 Uhr, beim Brückenbüro der Eisenbahndirektion Karlsruhe eingereicht sein, und werden zu diesem Zeitpunkt geöffnet werden. R. 8.



**Badisches Landestheater**  
 Donnerstag, 30. Okt. 1930  
 \* D 6 (Donnerstagmiete)  
 Th.-Gem. 1001—1100  
**Die Jüdin**  
 Große Oper von Salcy  
 Dirigent: Strips  
 Mitwirkende:  
 Effelsgröth, Reich-Dörich,  
 J. Gräßinger, Löfer, Rentwig, Schöppflin, Strad  
 Anfang 19 Ende 22  
 Preise C (1—7 RM)

Fr. 31. 10. Advokat Patelin.  
 Hierauf: Der Diener zweier Herren. Sa. 1. 11. Die Riblungen. III. Akt. Sa. 2. 11. Vormittags: Gedankfeier f. Siegfried Wagner. Abends: Lanushäuser. Im Kongerthaus: Keine Vorstellung. No. 3. 11. Sondermiete „Theater“ (I. Vorstellung der Abteilung II, rote Karten) Vorl.

**PORPHYRWERK DOSENHEIM**  
**HANS VATER**  
 DOSENHEIM A. D. BERGSTR.  
 LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

Lieferung u. Aufstellung der neuen, und Abbruch der alten überbauten der eingeleisteten Abbruchbrücken bei km 40,583 und km 41,902 der Strecke Nodolszell—Mengen wird in einem oder zwei Losen vergeben. Stützweite je 18,8 m; 50 t bzw. 52 t St. 37, Schotterbettüberführung. Anmeldung für die Beschäftigung der Brückenstellen bei der Bahn-

meisterei Kraudenwies. Verbindungsunterlagen u. Zeichnungen können, soweit der Vorrat reicht, gegen portofreie Einsendung von 10 M. von der Kanzlei des Brückenbüros der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammsstr. 19, bezogen werden. Die Angebote müssen verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf 2 Abbruchbrücken“ bis zum 12. November

### Stimmzettel

für die  
**Kommunalwahlen**  
 liefert  
**G. BRAUN G. M. B. H.**  
 DRUCKEREI UND VERLAG  
 KARLSRUHE IN BADEN